

# ENERGIE

**Fast autark**  
Das Achenal im Chiemgau will  
komplett auf Erneuerbare umsteigen

31

VON JOHANNA PFUND

Wenn am 15. Oktober die Netzbetreiber die Höhe der EEG-Umlage 2013 verkünden, wird dies die Diskussion um Strompreis und Energiewende einmal mehr anheizen. Und es wird wieder die Frage auftauchen, weshalb große Industrieunternehmen nur in geringem Maße die EEG-Umlage zahlen, und ob das Erneuerbare-Energien-Gesetz in seiner jetzigen Form überhaupt Bestand haben kann.

Die Erneuerbare-Energien-Umlage, mit der die Energiewende finanziert werden soll, wird hauptsächlich von privaten Stromkunden und kleineren Unternehmen getragen. Die Umlage dient dazu, Erzeugern von Energie aus erneuerbaren Quellen die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung zu finanzieren. Knapp 3,6 Cent pro Kilowattstunde zahlen Stromkunden dafür derzeit. Gerechnet wird von 2013 an mit einem stattlichen Anstieg auf fünf Cent – und dies kommt schon dem aktuellen Tageshöchstpreis an der Börse für eine Kilowattstunde Strom nahe.

## Energieintensive Betriebe zahlen im Gegensatz zu Privatkunden kaum EEG-Umlage

Energieintensive Betriebe wird das kaum treffen. Sie zahlen nur einen marginalen Beitrag, je nach Verbrauch zwischen zehn Prozent und 0,05 Prozent der EEG-Umlage. Das Argument lautet, dass energieintensive Branchen wie die Aluminium- oder Chemieindustrie ansonsten im internationalen Wettbewerb nicht bestehen könnten. Mehr als 2000 Betriebe profitieren in Deutschland von dieser Besonderen Ausgleichsregelung – auch Verkehrsbetriebe, bei denen die Gefahr der Abwanderung definitiv nicht besteht.

Greenpeace Energy, selbst Stromanbieter, hält angesichts solcher Fälle die Ausnahmen für ungerechtfertigt. „Es bringt nichts, die Unternehmen pauschal zu befreien. Da gibt es Geschenke an die Industrie“, sagt Pressesprecher Henrik Düker. Hubertus Bardt, am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) zuständig für Energie- und Umweltpolitik, hält die Ausnahmen hingegen für notwendig. „Rund ein Drittel der deutschen Wirtschaft hängt an der Industrie, und zu hohe



## Unter Strom

Die nächste Erhöhung der EEG-Umlage steht bevor. Das wirft einmal mehr Fragen zur Energiewende auf

Dieser Blitz über München vollführt akrobatische Höchstleistungen. Der Strompreis hingegen kennt nur eine Richtung: Ständig nach oben. Schuld daran ist – aber nur zum Teil – die Energiewende.

FOTO: DPA

Preise bilden ein Risiko für den Standort Deutschland.“ Die EEG-Umlage – für Betriebe, die nicht von der Ausnahmeregelung profitieren – bildete, gepaart mit Steuern und Abgaben, seiner Meinung nach einen großen Brocken für die Unternehmen.

In der Tat sind die Belastungen enorm gestiegen: Vor 14 Jahren zahlten Stromkunden 2,3 Milliarden an Steuern und Abgaben, 2012 werden es laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) 23,7 Milliarden Euro sein, davon entfallen 14,1 Milliarden allein auf die EEG-Umlage – und alles zusammen reichen die meisten Energieversorger eins zu eins an

die Kunden weiter. Das macht Strom in Deutschland im Vergleich zu Nachbarländern teuer. „Diese Abgabentwicklung hat uns von den anderen Industrieländern abgekoppelt“, sagt Bardt.

Das Vorpreschen Deutschlands bei der Energiewende sieht Wolfgang Hahn, Geschäftsführer der Energieberatungs-Firma ECG Energie Consulting, kritisch. „Wir müssen die Lasten der Energiewende auf mehrere Schultern verteilen, nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb Europas.“ Es sei durchaus zu begründen, wenn Deutschland bei der Energiewende die Vorreiterrolle einnehme. „Aber

es ist zwingend notwendig, die anderen Länder bei der Energiewende mitzunehmen.“ Ganz davon abgesehen, dass die Verteilung der Lasten innerhalb Deutschlands zu einseitig sei. „Wir sind mit dem EEG an die Grenzen der Zumutbarkeit für weite Teile der Bevölkerung gelangt“, findet Hahn. Es fehle wegen des Einspeisegesetzes der Wettbewerb. Und angenommen, Deutschland erreiche tatsächlich sein Ziel, bis 2020 etwa 35 Prozent seiner Energie aus Erneuerbaren zu gewinnen, sei das alles über das EEG in seiner jetzigen Form nicht mehr zu finanzieren. Plausibel findet Hahn ein Quotenmodell, das Energiever-

sorger dazu verpflichtet, einen gewissen Anteil regenerativer Energie anzubieten.

Welche Änderungen das EEG auch erfahren wird, umsonst ist die Energiewende nicht zu haben. Da sind sich Greenpeace Energy und das IW einig. Einsparmöglichkeiten sieht Bardt vom IW woanders: „Wir müssen Wettbewerb und Innovation vorantreiben“, fordert er. Nur so ließen sich die Kosten für die Stromerzeugung reduzieren. Das wäre im Sinne des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Das Mittel des FÖS gegen die steigende Belastung: Es sollte das „gewaltige Energieeffizienzpotenzial“ ausgeschöpft werden.

## INHALT

<b>Stabilität erwünscht</b> Wer weltweit Windparks baut, achtet nicht nur aufs Wetter, sondern auch auf Politik .....	30
<b>Bescheidene Anfänge</b> Bisher sind kaum Stromspeicher für den Privathaushalt auf dem Markt verfügbar .....	30